

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1/4 Sgr.

Breslauer



Zeitung.

No. 178. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag den 16. April 1860.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Telegraphische Depeschen.

Bern, 14. April. Der Bundesrath hat den Nationalrath Dapples von Lausanne zum Gesandten der Schweiz in Berlin ernannt.

Paris, 15. April. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, durch welches das vorschrittmäßige Maass für den Militärdienst um 1 Centimeter herabgesetzt wird.

Eine Depesche aus Marseille bestätigt den Kampf zu Mesfina und dass derselbe beendet ist. — Der gestern eingetroffene Dampfer bringt einen offiziellen Bericht, welcher konstatiert, dass zu Palermo Ruhe herrscht, der Messina's aber nicht erwähnt.

London, 15. April. Der heutige „Observer“ theilt mit, dass der außerordentliche Gesandte der Schweiz, Delarive, gestern Audienz bei der Königin gehabt, der auch Lord Russell beigewohnt habe. Dasselbe Blatt theilt mit, dass der englische Gesandtschafts-Sekretär in Konstantinopel, Alison, an Stelle Rawlinson's als Gesandter nach Persien gehe.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 13. April. Gestern am Jahrestage der Rückkehr des Papstes im Jahre 1850 hatte eine große Demonstration statt. Den Morgen hatte sich der Papst, von der Menge begleitet, nach der Agnes-Kirche außer der Stadt begeben, dort die Messe gelesen und das Abendmahl an mehr als 500 Menschen ausgetheilt. Auf seiner Rückkehr zum Vatican begrüßte ihn das Volk mit Jubelrufen; am Abend war die Stadt erleuchtet.

Rom, 13. April. Der Herzog Rochefoucauld hat dem Papste 12 gezogene Kanonen zum Geschenk gemacht.

Turin, 12. April. Die Städte Pavia und Varese haben an Garibaldi Adressen erlassen, um ihre Sympathien für Nizza auszudrücken. An die Bürgermeister in der Gegend von Nizza wurde ein Circular erlassen, in welchem derselben bedeutet wird, Frankreich werde die einzelnen Gemeinden für das Ergebnis der Abstimmung verantwortlich machen. Ferner wurden die Bürgermeister beauftragt, der Centralbehörde die Widerspenstigen namhaft zu machen. Der Bischof bezeichnet in einem Circular die Abstimmung für Frankreich als Pflicht. Das Journal „Rizzardo“, welches wieder zu erscheinen versuchte, wurde mit Beschlag belegt und der Redacteur mit Verhaftung bedroht. Nach den Vergemeinden wurden Abgeordnete geschickt mit der Vollmacht, die Abstimmung zu regeln und zu leiten und widerspenstige Gemeinderäthe aufzulösen.

Turin, 13. April. Der König wird sich von Florenz nach Bologna begeben, um die Legationen zu besuchen.

Madrid, 12. April. Der Sohn des General Ortega hat an die Königin eine Bittschrift um Begnadigung seines Vaters gerichtet.

Madrid, 13. April. Man versichert, dass Herr v. Thouvenel einen Glückwunsch wegen der Unterdrückung der Rebellion nach Madrid geschickt habe. Cabrera ist nach London zurückgekehrt; Carrion ward in Valencia erschossen; Tristany wird noch immer lebhaft verfolgt; der Prozess gegen Ortega hat begonnen.

Bologna, 11. April. Der „Monitore Toscano“ bedient sich für Sardinen bereits der Bezeichnung: „Regno Italiano“.

London, 13. April. Dem telegraphischen Bureau Reuters meldet man aus Paris vom heutigen Tage: Frankreich wird an die Unterzeichner der Wiener Schlussakte ein Memorandum erlassen, um auf Grund strategischer Erwägungen zu beweisen, dass Frankreich, wenn es jemals daran denken sollte, die Neutralität der Schweiz zu bedrohen, dies trotz der Garantien der Verträge von 1815 thun könnte, da die Militär-Route, welche heute zu Tage von Frankreich nach Deutschland führe, nicht mehr durch die Provinzen von Frankreich nach Deutschland, sondern sich auf einem andern Punkte befinde, Savoyen oder Chablais gebe, sondern sich auf einem andern Punkte befinde, der nicht in den neutralisirten Distrikten einbezogen sei. Thouvenel wird hierauf gestützt nachweisen, dass die Einverleibung Savoyens in Frankreich in ihren Folgen durchaus nicht die strategische Position der Schweiz verändere, und daher keineswegs die Gefahren in sich schließe, welche der Bundesrath aus derselben heruleiten sucht.

Paris, 13. April. Der eben veröffentlichte neueste Monatsbericht der Bank von Frankreich ergibt eine Verminderung des Baar-Vorraths um 9,200,000 Fr., des Portefeuille-Bestandes um 9,500,000 Fr., der laufenden Rechnung des Staatskassas um 53,300,000 Fr., der laufenden Rechnung mit Privatbank um 6,000,000 Fr. und der Vorräthe auf Werthpapiere um 2,300,000 Fr., dagegen eine Vermehrung der in Umlauf befindlichen Billets um 32,000,000 Fr.

Nach Berichten aus Turin vom 13. d. Mts. (S. Nr. 176 d. Z.) hatte Garibaldi die von ihm am vorhergehenden Tage angekündigte Interpellation an die Regierung gerichtet. Er bezeichnete die Abstimmung in Nizza als eine unter dem Drucke Frankreichs bewerkstelligte, tabelte das Verhalten des provisorischen Gouverneurs als ein die Wahlfreiheit beeinträchtigendes und stellte den Antrag, die Wahlen aufzuschieben. Nachdem mehrere Vor schläge von Tagesordnungen, welche eine Mißbilligung des Benehmens des Ministeriums ausprägten, verworfen worden, nahm man folgende mit großer Mehrheit an: „In der Hoffnung, die Regierung werde unter Aufrechterhaltung der constitutionellen Bürgschaften die Freiheit der Abstimmung kräftig bei dem Plebisit von Savoyen und Nizza wahren, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“

Paris, 14. April. Das pariser Blatt „Opinion nationale“ verbreitet, gestützt auf Schiffsnachrichten, die abermals aus Marseille eingelangte Nachricht von einem Aufstande, welcher am 8ten Abends in Messina ausgebrochen sein soll. Das Schiff, welches die Nachricht nach Marseille brachte, will während der Nacht Kanonendonner vernommen haben.

Paris, 14. April, 2 1/2 Uhr Nachm. Der gesetzgebende Körper hat mit 238 gegen 6 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, welcher das jährliche Militär-Contingent auf 100,000 Mann feststellt.

Die Bälle ist in matter Stimmung.

Marseille, 14. April. Am Sonntag Abend den 8ten ist doch noch in Messina ein Aufstand ausgebrochen. Die Gemeinde begann mit Flintenschüssen, welche in der Ferdinandstraße abgefeuert und Möbelschätze aus den Häusern auf die Straßen geworfen wurden.

Ein Agent des französischen Postschiffes Meander, welcher mit einigen Matrosen landete, hatte das Gewehrfeuer der Truppen ausgehalten, wobei ein Matrose verwundet ward. Der französische Consul hat deshalb reclamirt.

Das Gewehrfeuer, bisweilen mit Kanonenfeuer abwechselnd, währte die ganze Nacht. Der Gouverneur drohte, die Stadt zu beschießen, wenn der Widerstand nicht aufhörte. Die Notabeln vermittelten und wirkten endlich aus, dass die Polizei, als Hauptgegenstand des Hasses, entfernt wurde. Die Truppen bemächtigten sich dann der von den Insurgenten behaupteten Stellen. Von Jenen hat ein Theil sich über das flache Land zerstreut.

Montag Abend war Alles vorbei.

Preußen.

K. C. 36. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Simon eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Auerswald, v. d. Heydt, Simons, Graf Büdler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin, v. Patow.

Das Haus ist noch immer sehr unvollzählig, namentlich sind die Bänke der Linken leer.

Auf der Tagesordnung steht die Abstimmung über die Petition des Propstes Menzel zu Schrimm.

Abg. v. Niegolewski beantragte Wiederaufnahme der Debatte, da der Schluss derselben durch ein nicht beschlussfähiges Haus nicht herbeigeführt werden könne.

Nachdem sowohl der Präsident, wie auch die Abg. v. Vinde (Hagen) und Gneist sich gegen diesen Antrag erklärt, da die Beschlussfähigkeit des Hauses zur Zeit, als der Schluss der Debatte beliebt wurde, nicht nachgewiesen werden könne, zieht der Abg. v. Niegolewski seinen Antrag wieder zurück.

Bei der Abstimmung wird hierauf die von der Commission vorgeschlagene Tagesordnung angenommen.

Es folgt der vierte Petitionsbericht der Justiz-Commission. Nach Erledigung mehrerer Petitionen durch Tagesordnung erhebt sich eine Discussion bei der Petition des Magistrats zu Brieg auf Erlass eines Gesetzes, wonach bei dem Brande eines Gebäudes die zu zahlende Bonification unbedingt an die Stelle des verpfändeten Grundstückes treten soll, soweit die Hypotheken-Gläubiger dabei theilhaftig sind. Die Commission beantragt auch hier Tagesordnung.

Abg. Strohn will diesem Antrag nicht entgegenreten, wünscht jedoch, dass die Regierung die durch die Petition angeregte Frage nochmals in reifliche Erwägung nehmen möge.

Der Justizminister erklärt sich gegen den Antrag der Petenten, da die darüber eingehenden Gutachten sich sehr verschieden geäußert und die triftigsten Gründe vorlägen, sich des gesetzlichen Einschreitens zu enthalten.

Abg. Klotz beantragt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Abg. Zimmermann unterstützt diesen Antrag im Interesse der Hypotheken-Gläubiger und der Hebung des Real-Credits.

Der Justizminister erklärt sich auch gegen diesen Antrag, und nachdem der Abg. Jacob die dringende Nothwendigkeit einer Abhilfe constatirt, wird der Klotz'sche Antrag vom Hause angenommen.

Eine andere Petition befürwortet wohlfeile Ausgaben des Allg. Landrechts und der Gerichts-Ordnung. Die Justiz-Commission empfiehlt Ueberweisung an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Der Justizminister beauftragt, dass die vorliegenden besonderen Verhältnisse eine Erfüllung dieses Wunsches nicht in Aussicht stellen lassen.

Wenn ein Vergleich mit der französischen Gesetzgebung gezogen werde, so sei darauf hinzuweisen, dass das französische Civil-Gesetzbuch nur 2200 §§ enthalte, während die gesammten Titel des Allg. Landrechts über 16,000 §§ umfassen. Nach diesem Vergleich sei die jetzige Ausgabe des Allg. Landrechts nicht zu theuer. Was die besonderen Verhältnisse anlangte, so eigne sich die Allg. Gerichts-Ordnung gar nicht zu einem Volksbuche. Durch die Umgestaltung der Civil-Gesetzgebung seien so viele neue Bestimmungen geschaffen worden, dass es einem Laien nicht möglich sein würde, das geltende Recht zu erkennen. Weit besser werde durch geeignete Auszüge aus den Gesetzbüchern für die Bedürfnisse des Volkes gesorgt. Das Allg. Landrecht sei ebenfalls sehr erheblich modifizirt. Es komme ferner das Staatsverlagrecht in Betracht, und wenn auch der Gesichtspunkt, die Gesetzbücher zu einem angemessenen Preise zu verkaufen, dabei nicht außer Acht gelassen werde, so ständen doch dem Antrage des Petenten und der Eröffnung der freien Konkurrenz die mit dem gegenwärtigen Verleger des Allg. Landrechts abgeschlossenen Verträge entgegen.

Der Referent Abg. Dr. Gneist hält den Kommissions-Antrag aufrecht. Die Commission sei von der Ansicht ausgegangen, dass es unrichtig sei, die Gesetzbücher zu theuren Preisen verkaufen zu lassen, bloß um der Justiz-Officianten-Wittwen-Kasse jährlich ein Paar hundert Thaler zuzuführen. Das Object sei zu gering, um dem Volke die Wohlthat einer billigen Ausgabe der Gesetzbücher zu entziehen. Der Kommissions-Antrag wird angenommen.

Eine Petition, den Fiskus zur Herstellung der Brücke über den Welnafuß bei Romanow zu veranlassen, wird dem Ministerium zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem der Handelsminister erklärt, dass er die Beschwerde der Petenten für theilweise begründet halte und der theilhaftigen Behörde seine Mißbilligung über das innegehaltene formelle Verfahren ausgesprochen habe.

Die bereits ausführlich erwähnte Petition des Schulzen Stoof und Gen., die vom Kreisgericht zu Berlin angeordnete Maßregel betreffend, nach welcher die Vormünder den Barren der Parodie bei den von diesen anzuberau-menden Konferenzen persönlich jährliche Erziehungsberichte über die Mündel zu überreichen, event. die Mündel zu dieser Konferenz zu stellen haben — giebt Veranlassung zu einer längeren Discussion. Die Commission hat Ueberweisung zur Berücksichtigung vorgeschlagen.

Abg. Rohden findet die Befugnisse der Gerichte nicht überschritten, wenn dieselben einen Theil ihres Aufsichtsrechts auf die Geistlichen übertragen. Die betreffenden Bestimmungen des allg. Landrechts ließen eine solche Ausdehnung, welche noch keine Delegation sei, wohl zu. Er sei deshalb für einfache Tagesordnung.

Abg. Rapp: Vormünder seien selbstständige Personen, welche ihre Vollmacht durch Gesetze vom Staate erhalten; sie dürften den Geistlichen nicht untergeordnet werden; auch würde es schwer, sogar unmöglich sein, entfernt wohnenden Vormündern die Reisekosten zu erstatten, wenn sie bei den Konferenzen erscheinen sollten. Man werde in Zukunft noch mehr als jetzt das Amt eines Vormundes scheuen. Die Konferenzen würden nichts bessern, sondern nur Veranlassung zur Erörterung von Familiengeheimnissen geben.

Justizminister Simon: Die Maßregel sei gesetzlich und heilsam. Der Justizbehörde stehe die Befugnis zu, andere Organe hinzuzuziehen. Aus keinem Theile der Monarchie seien Klagen über die neue Einrichtung eingetroffen, welche der früheren Verwahrlosung der vormundschaftlichen Pflichten weitlich abhelfe.

Abg. Ritter: Man fasse vieles in dieser Angelegenheit irrig auf. Die Geistlichen sollten die Vormünder nicht beaufsichtigen, sondern in ihrem Berufe unterstützen. Ein Recht, Urtheile des Vormundes zu rektificiren, stehe ihnen nicht zu, sie könnten nur in einer besonderen Rubrik ihr eigenes Urtheil hinzufügen und außerdem Rath ertheilen. In einzelnen Fällen werde dies gewiß von entschiedenem Nutzen sein.

Abg. Gneist: Der Justizminister selbst habe es in einem amtlichen Schriftstücke ausgesprochen, dass jeder Zwang gegen die Vormünder zu vermeiden sei, da ein solcher sich gesetzlich nicht rechtfertigen lasse und seinen Zweck verfehlen werde. Die Commission rüge es hauptsächlich, dass die Gerichte die Grenzen ihrer Befugnis überschritten hätten. In Paderborn und Halberstadt sei die Maßregel noch in milder Form aufgetreten; das hiesige Kreisgericht aber verordne zwangsweise ein persönliches Erscheinen der Vormünder bei den Konferenzen der Geistlichen, in welchen gesungen und gebetet würde. Abgesehen von der Zweckmäßigkeit dieser Anordnung sei die Majorität der Commission der Ansicht, dass eine solche Anordnung nicht durch ein Arrangement einzelner Behörden, sondern nur durch Gesetze verfügt werden dürfe. Das eingeschlagene Verfahren sei illegal. Ueberhaupt seien die Vorstellungen der Behörden über das Oberaufsichtsrecht der Beamten ganz extravagant. (Bravo!) Die Maßregel sei um so bedenklicher, da die Geistlichen gar nicht unter dem Einflusse der Gerichte ständen und sich jeder Controle durch dieselben entzogen. Man habe im Eifer die gesetzlichen Schranken übersehen. (Bravo!)

Justizminister: Die Maßregel sei nicht von ihm und seinen Vorgängern, sondern von den Provinzialbehörden ausgegangen. Er habe es auch jetzt den lokalen Behörden überlassen, diese Einrichtung einzuführen. Von

Zwang sei ihm nichts bekannt, und von einer Delegation an die Geistlichen in gesetzlich unzulässiger Weise sei nicht die Rede.

Abg. Mathis (Barnim): Es sei dringend notwendig, unser Vormundschaftsrecht legislatorisch zu verbessern. Den am Rhein bestehenden Einrichtungen, z. B. dem Familienrath, gebe er den Vorzug vor den hiesigen, die eine große Vernachlässigung der vormundschaftlichen Pflichten zur Folge gehabt hätten. Hier z. B. hätte ein Vormund an die Behörde berichtet: eines seiner Mündel sei bei einem Schmiedemeister, das andere bei einem Zimmermeister in der Lehre; nachher habe es sich herausgestellt, dass beide Mündel seien. (Heiterkeit!) Das Gesetz lege den Vormundschafts-Gerichten keine Schranken in dieser Beziehung auf. Es sei keine Kontrolle, wenn die Vormünder in das Haus des Geistlichen — gewiß den geeignetsten Ort — zusammenberufen würden.

Abg. v. Ammon: Die Maßregel beruhe auf einer Vermischung der Grenzen des Staates und der Kirche. Wohl hätten die Geistlichen ein Recht, sich der ihrer Eltern beraubten Kinder anzunehmen, aber die Vormundschaft sei doch vorzugsweise eine weltliche Institution. Den Vormündern die erwähnte neue Pflicht aufzuerlegen, sei ebenfalls Zwang. Gestatte man den Gerichten diese Befugnis, so könnten sie auch durch die untersten Polizeibeamten Berichte einholen lassen. Auch sei es möglich, dass ein zelotischer Pfarrer den Beichtstuhl in die Konferenzen hineintrage ohne das Beichtgeheimnis. Kein Gericht habe das Recht, dem Vormund zu befehlen, vor einer andern als der zuständigen Behörde zu erscheinen.

Justizminister: Noch lägen keine Thatfachen für die Vermuthungen des Vorredners vor, und so lange solche Uebergriffe nicht vorgekommen, dürfte man dieselben bei rechtlichen Männern nicht voraussetzen.

Abg. Schulz (Genthin): Die jetzige Einrichtung sei zweckmäßiger als die frühere. Nicht als Pfarrer, sondern als Mann von höherer Bildung übernehme der Geistliche eine Art von Aufsicht; nur gegen etwaige Ungehörigkeiten, aber nicht gegen die Einrichtung selbst ließen sich Einwendungen machen. Auch weil es sich lediglich um die Ausführung eines Gesetzes handle, habe er den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung eingereicht.

Der Schluss der Debatte wird beantragt und angenommen.

Ref. Abg. Zimmermann: Er gehöre zur Minorität der Commission. Die Majorität derselben, die er vertrete, sei der Ansicht, dass eine Delegation des vormundschaftlichen Aufsichtsrechtes nicht im Amtswege, sondern nur im Wege eines Gesetzes erfolgen könne, weil etwaige Ausdehnungen der Befugnisse sich der Cognation der Gerichte entzogen. Abgesehen von der Zweckmäßigkeit wünsche die Commission entweder Abhilfe der bestehenden Uebelstände, oder eine Regelung der Angelegenheit auf gesetzlichem Wege.

Der Antrag des Abg. Schulz (Genthin) auf einfache Tages-Ordnung wird abgelehnt, der Commissions-Antrag, Ueberweisung zur Berücksichtigung, angenommen.

Die übrigen Petitionen dieses Berichts werden ohne Discussion durch Tages-Ordnung erledigt, wie die Commission beantragt.

Der nächste Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Etat des Ministeriums des Innern, worüber bereits vor einiger Zeit im Einzelnen Mittheilung gemacht worden ist. Bei den Einnahmen bringt der Abg. v. Rönne zu Sprache, dass das statistische Bureau in das Dienstgebäude des Ministeriums des Innern verlegt werden solle. Er erkennt das Verdienst des Ministers an, der zwei so tüchtige Männer, wie Engel und Hansen, in das Bureau berufen, glaube aber, dass es nun umfomehr an der Zeit sei, denselben eine unabhängige Stellung zu geben. Was die Thätigkeit des Bureau's betreffe, so spreche er den Wunsch aus, dass dem Handel, namentlich dem innern, eine größere Mündigkeit geschenkt werde; ferner sei die zu späte Veröffentlichung des gesammelten statistischen Materials und der Mangel an Einheit in den Arbeiten zu tadeln. Nachahmungswürth sei das Beispiel Belgiens, wo man eine Central-Commission für Statistik geschaffen habe; von dieser Commission sei die Anregung zu den statistischen Congressen ausgegangen, deren Zweck es wäre, eine Uebereinstimmung zwischen den bezüglichen Arbeiten der verschiedenen Länder herbeizuführen. Hoffentlich werde Preußen bei dem nächsten Congress nicht unvertreten bleiben, wie dies leider bei dem letzten der Fall gewesen.

Minister des Innern: Was der Redner wünsche, könne doch wohl ebenso gut, wenn nicht noch besser, in dem Hause unter den Linden Nr. 72, wie in der Lindenstraße Nr. 32 zu Stande kommen (Heiterkeit); in dem neuen Lokale werde das statistische Bureau allen übrigen Ministerien näher sein. Was die Beschickung des Congresses betreffe, und welche Persönlichkeit die geeignete hiesig sei, darüber fänden jetzt Unterhandlungen statt.

Abg. Riedel hält die Verlegung des Bureau's nicht für möglich. Die größeren Arbeiten, welche man jetzt vom Bureau erwarte, würden in dem Hause unter den Linden Nr. 72 wahrscheinlich nicht die genügenden Räumlichkeiten finden.

Abg. Schubert: Das statistische Material müsse so aufgestellt sein, dass es von allen Seiten zugänglich sei. Vor 1848 habe man in Preußen die Statistik sehr angesehen, das sei seit dem Eintritt in das constitutionelle Leben zwar nicht mehr der Fall, doch gehebe noch immer nicht das Nöthige. Bessere Hoffnungen knüpfen sich indeß an den jetzigen Minister des Innern und den neuen Director des statistischen Bureau's.

Der Minister des Innern spricht dem Redner, dessen Autorität auf diesem Gebiete anerkannt werde, für die gegebenen Winke seinen Dank aus.

Die Einnahmen im Betrage von 709,000 Thln. werden genehmigt.

Bei dem Titel „Landräthliche Behörde“ fragt der Abg. v. Potworowski den Minister des Innern, ob er nicht bei der Anstellung von Landräthen in der Provinz Posen anders verfahren werde, wie seine Vorgänger.

Der Minister des Innern antwortet, dass es bei Verathung der neuen Kreisordnung Zeit sein werde, hierauf zurückzukommen.

Abg. v. Niegolewski: Der Zustand im Großherzogthum Posen widerspreche vollständig den bestehenden Gesetzen. Der § 7 des Reglements von 1829 schreibe vor, dass die Landräthe im Großherzogthum Posen der deutschen und polnischen Sprache mächtig seien. Nun sieht man aber Landräthe in die Provinz ohne Kenntniss der Zustände und der Sprache; solche Leute könnten nur Unglück anrichten.

Minister des Innern: Wenn ich Gelegenheit haben werde, Landräthe für das Großherzogthum Posen zur allerhöchsten Befriedigung vorzuschlagen, so werde ich genau darauf sehen, dass sie den gesetzlichen Erfordernissen genügen. (Bravo!)

Abg. v. Bentkowski: Ein Restrikt des Ministeriums des Innern schreibt ganz bestimmt vor, dass die Inhaber von Schanklokalen nicht mehr gezwungen werden dürfen, die amtlichen Wochenblätter zu halten. Nun veröffentlichte aber die heutige „Volks-Zeitung“ eine Korrespondenz aus dem Großh. Posen, nach welcher der Landrath des Kreises Gleichen trotz der ministeriellen Verfügung die Besitzer von Schanklokalen zum Halten des betreffenden Kreisblattes zwingen wolle; das diene zur Charakteristik des fortwährenden Dualismus; auf der einen Seite habe man eine Regierung, repräsentirt durch die Minister, auf der andern eine Regierung von Beamten, welche ein anderes System, als das von den Ministern verfolgte für erprießlich halten. (Hört, hört!) Es sei gut, an diesen Dualismus zu erinnern.

Minister des Innern: Er sei in der Lage gewesen, nicht auf die „Volks-Zeitung“ warten zu müssen, um Kenntniss von der erwähnten Anleihe Mittheilung zugegangen. Er habe sofort von der Regierung in Posen Bericht eingefordert, ob die Sache sich eigentlich so verhalte; wenn der Landrath den ertheilten Vorschriften zuwider gehandelt hätte, so solle in kürzester Frist eine Retifikation des Beamten und eine Zurücknahme der antwortenden Verfügung erfolgen. Was den erwähnten Dualismus betreffe, so scheine doch der Vorredner zu weit zu gehen; er (der Minister) möchte

